Morgen-Ausgabe. **Nr. 113.**

**Berlin,** Mittwoch, den 8. März **1893.**

Neue Preußische Zeitung.

Nr. 113. Morgen-Ausgabe.

**Berlin,** Mittwoch, den 8. März **1893.**

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnementspreis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Postenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne Nr. wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgräßer-Straße Nr. 15, und die bekannten Spediteure. — Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

## Telegraphische Correspondenzen.

(Siehe auch zweite Seite.)

**Luxemburg,** 7. März. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer beschloß, dem Großherzog durch eine Abordnung eine herzliche Glückwunsch-Adresse zur Vermählung seines Sohnes, des Erbgroßherzogs Wilhelm, überreichen zu lassen. — Die Debatte bezüglich der Klosterfrage ist auf Dienstag, den 14. d. M., anberaumt worden.

* **Wien,** 7. März. (Privat-Telegramm.) Infolge des langsamen Ganges der Budgetdebatten dürften, behufs Erledigung der Reichsraths-Aufgaben bis Ostern, tägliche Doppelsitzungen erforderlich sein.

**Wien,** 7. März. (W. T. B.) Die „Politische Correspondenz" meldet aus Konstantinopel, daß der Sultan dem Reichskanzler Grafen Caprivi den Stern zum Osmanie-Orden in Brillanten verlieh.

**Wien,** 7. März. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Der Handelsminister legte die mit Rumänien abgeschlossene Markenschutz-Konvention vor.

**Wien,** 7. März. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Bei der fortgesetzten Berathung des Handelsbudgets erklärte der Handelsminister, Marquis Bacquehem, die Verstaatlichungsaktion verhindere nicht den Bau von Lokalbahnen seitens der Privatbahnen. Die Regierung habe stets günstige Einlösungsmodalitäten bei den wirthschaftlich wichtigen Lokalbahnen zugestanden. Zur Erklärung, von dem Einlösungsrecht keinen Gebrauch zu machen, sei die Regierung weder berufen, noch berechtigt, noch geneigt, ebensowenig zu einer entgegengesetzten Erklärung. Hierauf gab der Minister ziffernmäßige Nachweisungen über die zur Sicherstellung hauptwürdiger Lokalbahnen seitens der Regierung jährlich aufgenommenen Kredite, über die Lokalbahn-Konzessionen, über die Bauten seit dem letzten Voranschlag, sowie über zahlreiche neue Lokalbahnprojekte. Die Erklärungen des Ministers fanden lebhaften Beifall.

**Pest,** 7. März. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Heute begann die Berathung des Kultusbudgets. Der Kultusminister Graf Csaky gab eine geschichtliche Darstellung der gegenwärtigen kirchenpolitischen Lage und suchte nachzuweisen, daß die Zivilehe der einzig richtige Weg sei, wenn man die Vergangenheit nicht verleugnen wolle. Er sei überzeugt, daß der Liberalismus, die Wahrheit, siegen werde. Der Abgeordnete Fenyessy beantragte eine auf die Autonomie der Katholiken abzielende Resolution.

**Paris,** 7. März. (W. T. B.) Die Nachricht, daß der Chef des Generalstabes, General Miribel, zurücktreten werde, bleibt unbestätigt. Der „Jour" behauptet, zahlreiche französische Kapitalisten, welche durch den Panamaskandal beunruhigt seien, suchten ihr Geld im Auslande anzulegen. In mehreren englischen Banken seien in den letzten Wochen über 300 Millionen französischen Kapitals eingelegt worden.

**Paris,** 7. März. (W. T. B.) Der Ertrag der indirekten Steuern im Monat Februar ergab eine Mindereinnahme von 5 746 800 Frcs. gegenüber dem Budgetvoranschlage und eine Mindereinnahme von 9 648 900 Frcs. gegenüber den Einnahmen im Februar 1892. Mindereinnahmen gegenüber dem Budgetvorschlag kamen voraussichtlich bei den Zolleinnahmen mit 2 647 000 Frcs. und bei der Zuckersteuer mit 3 672 000 Frcs. vor.

**London,** 7. März. (W. T. B.) Oberhaus. Der Lordgroßkanzler Herschell beantragte die zweite Lesung der Novelle zum Gesellschaftsgesetze, wonach, falls ein Testament nicht vorhanden ist, das unbewegliche Eigenthum gleich dem bewaglichen unter die Erben vertheilt werden soll. Dudley beantragte die Ablehnung der Vorlage, welche mit 65 gegen 56 Stimmen erfolgte.

**London,** 7. März. (W. T. B.) Bei der in Grimsby stattgehabten Wahl eines Mitgliedes zum Unterhause wurde Heneage (Unionist) mit einer Majorität von 964 Stimmen gegen den Kandidaten der Gladsteneaner gewählt. Bei der Wahl im Jahre 1892 war ein Gladsteneaner gegen Heneage gewählt worden.

**London,** 7. März. (W. T. B.) Das „Renterische Bureau" meldet über San Francisco aus Honolulu vom 17. Februar: Nachdem der parlamentarische Kongreß infolge der Einwilligung der provisorischen Regierung in gewisse Budget-Reduktionen abberufen beendet ist, tritt die Frage der Revision der Verträge wieder in den Vordergrund. Das Parlament hat in einer gehemmen Sitzung eine auf diese Frage bezügliche Adresse an den Thron beschlossen. Die Verfasser der Adresse befürworten die Abschaffung des Privilegs, daß die Unterthanen der westlichen Mächte nicht den japanischen, sondern den Konsular-Gerichten unterliegen; ferner wünschen sie die Verleihung Japan's von der vertragsmäßigen Beschränkungen in Zollfragen, Angelegenheiten und die Beschränkung der Ausländer von Küstenhandel; schließlich soll den Ausländern verboten werden, Land, Bergwerke, Eisenbahnen, Schiffswerften und Docks zu besitzen.

**Rom,** 7. März. (W. T. B.) Die Fürstin Jsabella fuhren fort, sich mit der Meldung über die Theilnahme Ihrer Majestäten des Kaisers Wilhelm und der Kaiserin Auguste Victoria an der Feier der fünfzigsten Hochzeit des Königs und der Königin zu beschäftigen. Auch die Blätter in der Provinz besprechen die Nachricht in sehr hymnenhafter Weise.

**Rom,** 7. März. (W. T. B.) Der Papst empfing heute den russischen Spezialgesandten Jswolski zur Entgegennahme der Jubiläumswünsche des Zaren. — Heute Nachmittag unternahm der Papst einen Spaziergang in den Gärten des Vatikans.

**Christiania,** 7. März. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Storthing wurde folgender Antrag der Linken eingebracht: Im Anschluß an die einstimmige Adresse des Storthing vom 25. April 1860 hält das Storthing an der Alleinbestimmung Norwegens in allen Angelegenheiten fest, welche nicht im Reichsakt als gemeinsame bezeichnet sind. In Uebereinstimmung hiermit behauptet das Storthing, daß sein Beschluß vom 10. Juni 1892 betreffs des Konsulatswesens ausschließlich von der norwegischen Staatsgewalt behandelt werden muß und daß diese Frage unabhängig von den anderen von schwedischer Seite in dem Protokoll vom 14. Januar 1893 gestellten Fragen abzumachen ist. — Der Antrag wird kommenden Donnerstag im Storthing verhandelt werden.

* **Belgrad,** 7. März. (Privat-Telegramm.) Auch die Synode hat nunmehr die Ehescheidung des Königs Milan aufgehoben.

**Belgrad,** 7. März. (W. T. B.) Nach neueren Berichten sind die Unruhen der Bauern im Kreise Cacak ernster gewesen, als anfangs angenommen wurde. Einzelne der Bauern waren mit Verbandgewehren bewaffnet. Der Anstiftung der Unruhen verdächtig ist der radikale Bauernführer Ranco Tasitsch, welcher verhaftet wurde. Es wird ferner bestätigt, daß Dr. Jlics in Zajear verhaftet wurde.

## Professor Delbrück und die „Agrarier".

Professor H. Delbrück, der es durch seine Februar-„Korrespondenz" in den „Preuß. Jahrbüchern, die an dieser Stelle eingehend besprochen worden ist (Nr. 65, 8. Februar) mit den Liberalen gründlich verderben zu haben schien — er hatte darin anerkannt, daß die „Regierung bloß die Parole des Antisemitismus auszugeben brauchte, um der konservativen Partei im Falle einer Auflösung des Reichstages) zum Siege zu verhelfen", — Professer Delbrück, sagen wir, hat Aussicht, wieder zu Gnaden angenommen zu werden. Denn in seiner neuesten „Korrespondenz" macht er die „Agrarier-Hetze" tüchtig mit. Das „Berliner Tageblatt" giebt voll Behagen wieder, was dieser Herr, der es auf dem rechten Wege nie lange anhalten kann, zu krausen, zum Theil widersprochsvollen, immer aber mit dem Maos der „grauen Theorie" bedeckten Sätzen vorzubringen weiß. („Nun) behauptet und beweist Herr Delbrück", sagt das Blatt, „daß die meisten Beschwerdevunkte der „Agrarier" entweder unberechtigt seien, oder daß es sich dabei um staatsbürgerliche Pflichten handelt, die als allgemeine Lasten getragen werden müßten." Dahin zählt er die „Alters- und Invaliditäts-Versicherung" und die „Unfallgemeinlichkeiten" die aus dem Freizügigkeits-Gesetz erwachsen. Da Herr Delbrück, wie wir zufällig gehört, konservative Blätter — wahrscheinlich „aus Grundsatz" — nicht liest, braucht er auch nicht zu wissen, daß die „Agrarier" nicht etwa die Aufhebung dieser „unbequemen Gesetze" verlangen, vielmehr nur deren „Umgestaltung" wollen, ein Verlangen, das nicht nur von der nationalliberalen Presse für berechtigt erklärt wird, sondern neuerdings auch von den verbündeten Regierungen in soweit berücksichtigt wird, als eine Novelle zum Unterstützungswohnsitz-Gesetz an den Reichstag gelangt ist. Damit wird Herr Delbrück voraussichtlich sehr unzufrieden sein; denn seiner Ansicht nach darf den „agrarischen Wünschen" gegenüber auch nicht die „geringste Nachgiebigkeit" gezeigt, am wenigsten aber die „Freizügigkeit" irgendwie beschränkt werden. „Nicht nur," sagt er, „wäre das ein soziales Unrecht gegen den Arbeiter, der sich seine Arbeit sucht, wo sie am besten gelohnt wird, sondern auch gegen die Nationalwirthschaft. Es ist nun einmal so: der industrielle Arbeiter leistet eine wirthschaftlich wertvollere Arbeit als der ländliche". Das könnte doch höchstens von stark übervölkerten Staaten gelten, die als solche schlechterdings nur einen ganz geringen Theil ihres Lebensmittelbedarfs selbst aufzubringen vermögen; auf unsere Verhältnisse aber paßt es in keiner Weise, weil Deutschland bei richtiger Wirthschaftspolitik seinen Bedarf an Getreide, Fleisch u. s. w. sehr wohl selbst zu erzeugen vermöchte, keinesfalls aber einer verhältnißmäßig großen Einfuhr dieser Erzeugnisse bedarf wie z. B. Großbritannien. Vom weltwirthschaftlichen Standpunkte ist die Delbrücksche Behauptung vollends schief. Selbst die Freisinnigen geben zu, daß von dem Ausfall der Ernten — also doch vom Schweiße der ländlichen Arbeiter — das „Gleichgewicht" in beiden Hemisphären abhängt. Das ist ja auch durch den umgekehrten Ausfall während des Jahres 1891 in den Vereinigten Staaten unwiderleglich dargethan, die damals eine unzweifelhaft gute Ernte hatten, während Rußland heute noch an den Folgen des Mißwachses krankt, den ihm dasselbe Jahr gebracht.

Auf der gleichen „Höhe" angelangt steht die Bemerkung, daß jede Beschränkung der Freizügigkeit ein soziales Unrecht an dem Arbeiter wäre, „der sich seine Arbeit sucht, wo ihm am besten gelohnt wird". Wenn der Arbeiter die Einsicht besäße, so würde kein Mensch an irgend welche Einschränkung der Freizügigkeit denken; denn in diesem Falle würde er (der Arbeiter) meistens bleiben, wo er ist. Wie wenig sich das „Ideal und das Leben" aber decken, zeigen die schon oft bewährten — Ansammlungen von Arbeitslosen in den Städten, während das Land gleichzeitig nicht weiß, wo es die nöthigen Hände hernehmen soll. Auch davon scheint Prof. Delbrück nichts gehört zu haben, wie er offenbar nicht ahnt, daß der „Lohn" für den Arbeiter keinen absoluten, sondern einen relativen Werth hat, daß er auf dem Lande mit der Hülfte von dem gut vorkommt, was in der Stadt, in der Großstadt zumal, oft nicht zum Nöthigsten reicht. Aber „eine Mark ist eine Mark" — meint ihr Herr, und bleibt dabei. In demselben Stile predigt er, einiges Wahre mit vielem Verkehrten mischend, weiter, und das „Berl. Tagebl." hört ihm kopfnickend zu, bis er auf die Währungsfrage kommt. Da geht ihm ganz unmittelbar wie wir sagen müssen — ein Licht auf und er sieht die Dinge zur Abwechslung, wie sie wirklich sind, d. h. er ist nicht abgeneigt, dem Bimetallismus eine gewisse Berechtigung zuzugestehen; so viel scheint er aus dem Umgange mit seinen „politischen Freunden", den Herren v. Kardorff und Dr. Arendt gelernt zu haben. Allein der Ertrag ist dürftig und lückenhaft geblieben, die wirthschaftlichen Anschauungen des Herrn Professors lassen den rechten Zusammenhang vermissen, sie erklären sich im letzten Grunde wesentlich aus politischen Gesichtspunkten, in denen wir, so aufrichtig Herr Delbrück ohne Zweifel ist, keinen großen Zug entdecken können. Es ist die Abneigung der Liberalen gegen die Konservativen, was im letzten Herzenswinkel lauert. Professer Delbrück ist, wenn man in den Herzenswinkel sieht, ein durch und durch mit liberalen Vorstellungen durchtränkter Mann, dem nur seine nationalen Anwandlungen dazu verholfen haben, daß er, wo es paßt, als konservativer Politiker behandelt werden kann. Bürgsagen: nationale Anwandlungen; denn ein zielbewußtes nationales Wollen können wir bei einem Manne nicht entdecken, der sich mehr als einmal mit den „Freisinnigen" gegen uns zu verbinden bereit gewesen ist, nur weil ihm „Junker und Pfaffen" noch unerträglicher sind, als „die um Richter".

Ueber „Geschmacksachen" streiten wir nicht und lassen Herrn Delbrück deshalb volle Freiheit. National gedacht in unserem Sinne ist das aber nicht, dabei bleiben wir denn doch.

## Aus Frankreich.

K **Paris,** 5. März. Unter der Ueberschrift: „Der Konzentrations-Plan der deutschen Armee" veröffentlicht der „Figaro" Enthüllungen, die Aufsehen erregen und ein solches auch verdienen würden, wenn annehmbare wäre, daß sie nicht erfunden wären. Das Blatt berichtet: „. . . Die zwischen den Regierungen von Berlin, Wien und Rom eingeleiteten Unterhandlungen haben zum Ziel gehabt und in völligem Einverständniß haben der drei Mächte die Bestimmung ihrer Streitkräfte im Falle eines europäischen Krieges festgestellt. Ein glücklicher Zufall gestattet uns die Wiedergabe des Versammlungsplans der deutschen Armee an der Westgrenze des Kaiserreichs. Wenn die offizielle Presse Deutschlands auf Befehl auch nur das Gerüngste daran in Abrede stellte, so wurden wir uns darauf beziehen, gewisse Einzelheiten zu präzisiren. Es ist unrichtig wahrscheinlich, daß diese Abänderung aus guten Gründen diesmal nicht erfolgen wird. . ."

Das klingt sehr keck, sehr unverschämt, aber es ist ja gerade bezeichnend für Enthüllungen, daß sie in nur so zuversichtlichem Tone vorgebracht werden, je geringer ihr innerer Werth ist. Das Blatt beschränkt sich zuerst mit den von Moltke gebilligten Konzentrationsplan, der nur 3 Armeekorps zur Ueberwachung der russischen Armee im Osten des Reichs, Deutschlandes lasse, um dann zur „Ueberschreitung der Deutschmarkschen" 16 „Armeekorps" übergehen. „Auf Grund des Vertrages würde Deutschland auf der Westgrenze drei aus 9 Armeekorps, der Garde, 2 bairischen Armeekorps und der württembergischen Division zusammengesetzte Armeen verfammeln; 7 Armee-Korps, 4 Kavallerie-Divisionen, 4 Reserve-Armeekorps, deren Mobilisirung nur drei Wochen Zeit erfordern würde, würden gegen Rußland verwendet werden . . . Der Plan selbst sieht vor, daß alle Einzelheiten auf die Zusammensetzung, Bildung und Bewaffnung jener 3 Armeen eine; so weit er beispielsweise wissen, daß die Garde vor dem Beginn von Berlin die Reserve-Regimenter abwarten soll, die aus Kavallerie und Hannover kommen u. s. w., was so unwahrscheinlich klingt, daß man schon aus derartigen Einzelheiten schließen würde, daß der „Figaro" angeführt werden ist oder seine Leser anführt. Dies ist auch der Grund, warum ich heute auf die Enthüllungen nicht weiter eingehen will. Ein Dementi wird je nicht ausbleiben; sodann wird sich zeigen, was das Blatt zu antworten hat.

Die angebliche „Erkaltung der russisch-französischen Freundschaftsbeziehungen" nicht noch auf der Tagesordnung, wenn auch Blätter, wie die „Jlustration", unverdrossen erklären, die Gesinnungen des Zaren und seines Volkes den Franzosen gegenüber seien heute so kühl, wie möglich, seit die „Jlustrations-Regierungen" miteinander halten. Die „historische" gieb auf die Frage, warum kein russischer Flottenbesuch in Aussicht stehe, u. a. die Antwort: „um sich Deutschland zu nähern und von ihr bessere Zollbedingungen zu erlangen." Also lediglich ein diplomatischer Schachzug.

Für Montag steht wieder einmal eine Panama-Interpellation in Aussicht, wegen die Veröffentlichung der Aussagen der Herren Flogny, Clemenceau, Freycinet und Rane durch den „Figaro", sowie die Rolle, welche diese Herren gespielt haben, allerdings einen genügenden Anlaß bietet. Daß viel dabei herauskommen wird, ist indessen um so weniger wahrscheinlich, als ja der Bestechungsprozeß demnächst beginnt. (Auf Verlangen der Regierung wurde, wie telegraphisch inzwischen gemeldet, die Interpellation bis nach Beendigung des Panama-Prozesses vertagt. D. R.)

## Aus Belgien.

E **Brüssel,** 6. März. Die bedeutendste Rede, welche in der Neyssensdebatte nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Beernaert gehalten wurde, ist unstreitig die Rede des gemäßigt liberalen Abgeordneten Vanderkindere, welcher im Namen seiner Gruppe das Wort ergriff. Der Brüsseler Abgeordnete, dessen Stellung auch durch seine Eigenschaft als Professer der Geschichte und Prorektor der hiesigen Universität erhöht wird, hielt eine entschiedene Standrede gegen das allgemeine Stimmrecht und bekämpfte dasselbe in allen seinen Formen. Er erklärte, daß das allgemeine Stimmrecht in den meisten Ländern, in denen es eingeführt wurde, nur Unheil und Verwirrung angestiftet habe. In Frankreich führe es entweder zur Diktatur des Kaiserthums oder, was noch viel schlimmer ist, zur Diktatur etlicher Demagogen. Seit der dritten Republik habe das allgemeine Stimmrecht fortwährend die Meinung geweckelt und bedrohe die Stabilität der Regierung. Die einzigen positiven Resultate dieses Wahlsystems in Frankreich seien das Zustandekommen des Bankiergiömus und der Panamaskandal. Wenn das allgemeine Stimmrecht in Deutschland weniger Unheil angerichtet hat, so hat es dies der starken Krone, sowie der Thatsache zu danken, daß die Landtage der einzelnen deutschen Bundesstaaten nicht auf dem allgemeinen Stimmrecht fußen und daher ein Gegengewicht gegen das letztere darstellen. Als einzig zulässige Grundlagen des Wahlrechts bezeichnete der Abgeordnete Vanderkindere entweder den Besitz oder die Bildung. Das Okkupationssystem der Regierung enthalte zwar die erste Garantie, reiche nicht die letztere, auch das Kabinet, wie der Ministerpräsident Beernaert ausdrücklich hervorhob, zu Zugeständnissen geneigt ist, sie erklärt sich auch der Abgeordnete Vanderkindere zu Unterhandlungen mit der Regierung bereit. Er stellt namens der gemäßigt-liberalen Fraktion hierfür die folgenden Bedingungen: 1) Zulassung der gegenwärtigen Kapazitätswähler zum Kammerwahlrecht. 2) Trennung der Wahlbezirke in städtische und ländliche, da zumeist die Interessen der Stadtbevölkerung mit jenen der ländlichen Bevölkerung leidlichen und die eine von der anderen majorisirt wird. Die Scheidung der Wahlbezirke wird allen Interessen gerecht werden. 3) Die Bemessung der Wahlsteuer nicht nach dem Katasterwerthe des bewohnten Hauses, sondern nach der Miethe des Wählers. Wenn die Regierung geneigt ist, diese drei Bedingungen in ihr System einzufügen, dann wird die ganze gemäßigt-liberale Fraktion der Konstituante für die Regierungsvorlage stimmen und verleihen so die verfassungsmäßig nothwendige Zweidrittelmehrheit ändern. Die ungewöhnlich große Zahl der Wähler des von den Abgeordneten Vanderkindere auf den Bänken der Rechten, wie auch auf der Ministerbank fand, beweist, daß die erwähnten Bedingungen seitens der in Belgien herrschenden Partei als nicht unannehmbar angesehen werden. Thatsächlich ist jetzt eine Verständigung zwischen der Rechten und der gemäßigt-liberalen Fraktion sehr wahrscheinlich geworden. Die Radikalen sind dem durch auch schon seit langem gewachsen. Der Grund, die Weigerung, jemals bereits von dem „Verrath" der gemäßigt-liberalen Abgeordneten von Brüssel und die „Association radicale" hat ein Entrüstungsmeeting in der Angelegenheit abgehalten. Indessen werden sich die gemäßigt-liberalen Abgeordneten durch die radikalen Agitationen nicht abschrecken lassen.

Die belgische Sozialistenpartei scheint durch den Erfolg, den ihre Agitationen in der Garnisonsstadt Tournai errungen haben, noch weiter die Lust zu Experimenten gereizt zu haben, in neuer Thätigkeit angespornt zu sein. Die sozialistische Volkspartei Gande hat dieser Tage während der Revolte der Rekrutenaushebung in der Hauptstadt einen öffentlichen Maueranschlag anbesten lassen, worin sie die Soldaten zur Verweigerung des Gehorsams, die Rekruten aber zur Verweigerung der Aushebung aufforderte, so lange nicht das allgemeine Stimmrecht eingeführt ist. Man wird zugestehen, daß es im Interesse Belgiens nicht gelegen sein würde, daß Agitationsfreiheit so weit ausgedehnt werde, wie in Belgien. Man sah schon jedermann Bänder nehmen, daß die sozialistische Partei es überhaupt wagt, einen Aufruf zur Verweigerung — denn um etwas anderes handelt es sich ja nicht" — zu erlassen, so verwandelt sich dieses Wandern in Stanzen, wenn man nicht, daß die Regierung diese Maueranschläge tadelt. Es fehlt jetzt augenblicklich nur noch, daß die Regierung den eben entdeckten unsinnigen Verschwörungen Beachtung und Anerkennung ausdrücklich anerkennt und ihnen die staatliche Genehmigung ertheilt. Mit welchen Waffen sich unsere immer frecher werdende Sozialistenpartei trägt, geht unter anderem aus der Enthüllung des „Journal de Liege" hervor, wonach die belgische Arbeiterpartei für den 18. März, den Jahrestag der Pariser Kommune, einen förmlichen Aufstand in Brüssel plant. Sie rechnet auf den Beistand der Radikalen, da bis dahin voraussichtlich das allgemeine Stimmrecht eingeführt sein wird.

## Feuilleton.

### Ein Versprechen.

Von (Nachdruck verboten.)

A. v. Lilieneren.

(Fortsetzung.) 5)

„Aber der Marschall Bazaine lenke das größte Gewicht gerade auf die Depesche an den Marschall Mac Mahon."

„Das ist gut," wurde mir das Wort abgeschnitten und der Baron ging auf die allgemeine Lage unserer Armeen über.

Meine Zeit drängte, ich verabschiedete mich rasch, warnlose Gedanken stürmten mir durch den Kopf, und ich eilte nach dem Bureau, um mich über den bisherigen Depeschenverkehr in der Depeschenzentralstrande zu orientiren. Es war mir das ein leichtes, da ich der Referentung zur das Nachrichtenwesen zugetreut war. Und wirklich, da standen sogar bedeutsame die drei Depeschen Bazaines vom 20. August.*)

Jene beiden Telegramme an den Kaiser und Kriegsminister enthielten nur Nachrichten darüber, daß der Feind sich verstärke, und daß man damit beschäftigt sei, die Pferde mit Lebensmitteln und Munition neu zu versehen. Diese Depeschen verriethen deutlich, daß Bazaine nicht gewillt war, sich von der Umgebung des Kaisers oder vom Minister Vorschriften machen zu lassen. Nur an den Führer der Armee, der klar sehen muß, um seinen taktischen Schritt zu thun, schrieb der Führer der Rheinarmee offen über die traurige Lage und seine Maßnahme in der Depesche, welche ich Ihnen vorlese. Es war dieselbe, die ich in den Depeschenregistrand vorfand, von welcher der Baron aber eben behauptete, daß sie des' gleichen Inhalts sei, wie die Telegramme von dem Kaiser und Kriegsminister.

Mir schwindelte der Kopf, Schmerz, Zorn und Angst kämpften in mir. War es denn möglich, diese Depesche gleichlautend mit den ersten zu nennen. Hätte man im Hauptquartier die Tragweite dieser Nachrichten erkannt, dann stände Mac Mahon jetzt bei Paris oder sonst wo, nur nicht hier an der Maas, zwischen die feindlichen Armeen und die belgische Grenze gedrängt.

Mir fiel der Zweifel ein, den Bazaine geäußert, ob die Depesche auch in die Hände des Marschalls gelangt sei, und nur zu bald sollte ich darüber eine traurige Gewißheit haben.

*) Geschichtliche Thatsache.

Der Marschall war in seine Wohnung zurückgekehrt, ich wurde vorgelassen, mußte aber noch mit dem Rapport warten, da der Marschall noch mit mehreren Generalen konferirte.

Es lag ein Ausdruck von Ueberraschung in Mac Mahons Stimme, der nur zu sehr in der vollständigen Gedankenlosigkeit seiner Umgebung seinen Grund hatte. Die entscheidende Thätigkeit der letzten Wochen hat die Kraft des Herzogs von Magenta gebrochen, das wurde mir zur Gewißheit, als ich die verwirrenden, unklaren Direktiven vernahm, die er an die anwesenden Offiziere ausgab.

Das Herz wurde mir immer schwerer, endlich war die Sitzung beendet und ich betrachtete dem Marschall, der vielleicht schon in diesem Monat die Rheinarmee im Kampfe stehe, um sich den Ausmarsch über Diedenhofen zu erzwingen.

Das herzgestörene Antlitz des edlen Mannes stellte sich auf, er stand vor mir als ein Zeuge früheren Glanzes und entsinnender Herrlichkeit des Kaiserthums, fest leierlich klang seine Stimme, als er mir sagte: „So war mein Entschluß also der richtige! Wenn wir nicht weiter vorwärts können, mit Bazaine die Hand zu reichen, so wollen wir wenigstens nicht zu weit zurück gehen, um ihm nahe genug zu bleiben. Die Armee braucht vor allem Ruhe, morgen soll sie sie haben, um sicherungen marschiren oder kämpfen zu können, auch der Feind Lekarf der Erholung, und wird morgen zu seinen Angriff schreiten."

„Gestatten Excellenz mir eine Bemerkung," wagte ich zu fragen und als er mich freundlich dazu aufgefordert, und sich mit einem wohlwollenden Gesicht dicht vor mich hinneigteteilt, berichtete ich: „Marschall Bazaine war entsannt, daß die Armee von Chalons trotz seiner Depesche vom 20. an Ew. Excellenz den kühnen Vormarsch zu seiner Befreiung angetreten hat. Er nahm an, daß wenn dem Entsatzversuche abgeschen wurde, und zwar auf jein Telegramm hin, wenn er Ew. Excellenz offen gestellt, daß er gezwungenen Mitten unter den Mauern von Metz stehen bleibt und daß er nur vielleicht durch den, täglich an Zahl zunehmenden Feind, werde durchbrechen können."

„Dieses Telegramm habe ich nie erhalten," lautete die sehr bestimmt gegebene Antwort.

„Und doch ist es in der Gehrimregistrande der Nachrichten-Abtheilung aufgenommen," sahe ich fest, „und bezeichnet als am 23. früh 4 Uhr 20 Minuten eingegangen."

Alles noch in Reims mannigfaltige vor dem Aufbruch der Truppen, rief der Marschall erregt. „Ich müßte das wissen, was an solchen Entscheidungstagen passirt ist, vergißt sich nicht so leicht."

Er ging mit großen Schritten im Zimmer auf und ab, endlich blieb er wieder vor mir stehen und mit einem stetzen Aufleuchten in den Augen sagte er: „Selbst wenn ich von einer solchen Depesche Kenntniß gehabt, so würde mich das kaum abgehalten haben, dem Marschall Bazaine und seiner braven Armee zu Hülfe zu eilen! Was nur Maas wäre ich wohl verpflichtet, freilich, was ich dann unternommen, das hatte von Umständen abhängig bleiben müssen."

Andere Meldungen trafen ein und nahmen den Marschall in Anspruch, ich wurde mit gnädigen Worten entlassen.

Mit Verwunderung für die ritterlichen Gesinnungen des Herzogs von Magenta verließ ich das Kabinet, das Geheimniß hinter mir lassend, aber mit schwerer Gedanken, ob dies schicksalvolle Verschweigen eine, so thatsachenwerte Depesche nicht furchtbare Folgen für unsere Armee haben könne. Ich entbrecke mir den Kopf, um eine Lösung zu finden, und fragte mich schließlich, bringt man dem Marschall nur diejenigen Nachrichten zur Kenntniß, welche für die Absichten der Kaiserlichen Umgebung sprechen, und zwingt man ihn dadurch, nur anzuwirken, was die militärischen Berather des Kaisers wünschen, während man ihm doch die Verantwortlichkeit für alles zuschiebt?

Mit gespannteller Aufmerksamkeit waren die beiden anderen Herren den Erzählungen des Kapitans gefolgt. Jetzt unterbrach ihn D'Arras in heftiger Erregung. „Stellte es wirklich Männer in der Umgebung des Kaisers geben, die in solchen Dingen ihre Hand leben?" rief er. „Es sind zu furchtbare Gedanken, um sie auszudenken, sie könnten das Herz zu Verzweiflung bringen, wenn man sich lange mit ihnen beschäftigte. In das leidenschaftliche Getriebe der Kriegsleitung mischen ehrliche Heimlichkeiten zerstörend ein und stellen alles auf das Spiel, Ruhm, Ehre, Vaterland?!"

Er bedeckte das Gesicht mit den Händen, und erst, als er verstahn, wie der Gelenel Bolle Greif traute, eh er auch beim Kaiser gewesen, ließ er wieder die Hände sinken und hörte düsteren Blickes dem weiteren Bericht zu.

Der Marschall hatte mir befohlen, mich verschiedenen Offizieren anzuschließen, nahm der Kapitän das Wort wieder auf „und ich begab mich daher sofort in die Unterquartiere. In der Kasser noch beschäftigt war, hielt ich mich wartend im Dienstzimmer auf, wo ich verschiedene höhere Offiziere, meist alte Bekannte traf. Wir waren unter uns, und ein offenes Wort gesprochen. Was ich hörte, schnitt mir durchs Herz ich vermahm nähere Details über die Ereignisse seit dem Aufbruch von Reims, und diese Enthüllungen müssen einem jeden, der es treu mit seinem Vaterlande meint, schwere Sorge machen. Es fielen bittere Worte, und ich wiederhole sie, weil es besser ist, dem Schlimmsten in die Augen zu sehen, als sich fort und fort täuschen zu lassen. Man sagt, die Armee und mit ihr das Heil des Vaterlandes ist dem dynastischen Interesse geopfert worden, man fürchtet die Revolution und redet uns vor, es sei Ehrenpflicht, den Marschall Bazaine nicht fliehen zu lassen. Paris überlebt man seinem Schicksal und unsere Armee den Preußen, das wird das Resultat des kühnen Offensivgedankens sein, der die Dynastie der Napoleoniden halten und das militärische Prestige Frankreichs wiederherstellen sollte.'

Auf einen Befehl bei Rheims nach Metz wäre nur zu rechnen gewesen bei sofortiger Schnelligkeit in der Ausführung des Plans, so wurden sich wenigstens die Herren einstimmig aus, jeder 3 Tagemärsche vorwärts. Schwankungen und Unsicherheiten in den Dispositionen der Marschälle, Hohenzollern-Jagd, das war das sichtbare Werk, um alle unzweckmäßigen Befehle und ebenso sichtlichen Widersprüche zu entschuldigen.

Schon der Aufmarsch von Reims war ein unentwirrbares Gedränge, eine Folge davon, daß man von Seiten des Generalstabes wohl die Idee bestimmt, aber nicht die Marschroute leitete und für die einzelnen Korps vorstellt hatte. Am ersten Abend lagerten die Korps in ganz falschen Stellungen, von den Reisen, auf denen sie lagerten, oder in Kantonnements aufgehoben, als es waren die reichen Vorräthe an Lebensmitteln, Fourage- und Wagen-Requisitionen des Lagers von Chalons, welche unsere Jnteressen nur angestellt der Armee, welche vom folgenden Tage an bitterer Mangel litt, verbrennen ließ, da die Preußen nahen sollten! Von da ab fehlte jede geordnete Proviantirung, die Nähe und der Hunger brachten die Jndisziplin in die Truppen. Die unsinnlichsten Route, durch falsche Verbrauchungen gesperrt, waren nicht mehr zu passiren, sie mußten selbst die Kartoffeln aus den Aeckern und plünderten Gärten und Häuser. Die Offiziere aber mußten bei dieser Gelegenheit ein Auge zudrücken, denn die Noth kennt kein Gebot.

Dabei begann auch das Verlassen in die Führung zu weichen, da vom 20. an eine Zeit zahlloser Fehler, unnützer Kreuz- und Quermärsche eintrat. Einzelne Truppentheile brachten sich so zu sagen im Kreise, das 5. Korps marschirte dreimal denselben Ort, und das 7. Korps nicht minder zu bestimmt, sie mußten selbst die Karten werfen, welche durch die ewigen Märsche im Regen auf grundlosen Wegen völlig erschöpft waren. Dazu kam die Erbitterung, daß das Gefecht bei Buzancy auf höheren Befehl abgebrochen werden mußte, als es in besten Gange war, obgleich man voraussehen konnte, daß wir bei dem hier schwachen Gegner leicht Vortheile erringen hätten.

So war denn ähnlich lauteten die Nachrichten, die ich hier empfing, und mit beklommenem Sinne verließ ich die Herren, als ich zum Kaiser gerufen wurde.

Als ich in den kleinen Sessionssaal trat, drehte mir der Kaiser den Rücken zu und nickte nur, in Gedanken versunken, mit einer leichten Wendung des Kopfes nach mir hin. Drei seiner